

V31 Aus dem Verfahren Rummelsburger Bucht lernen - Planungspraxis modernisieren und Bürger\*innenbeteiligung verbessern

Gremium: KV Lichtenberg  
Beschlussdatum: 21.02.2020  
Tagesordnungspunkt: TOP 8 Verschiedenes  
Status: Zurückgezogen

- 1 Das Bebauungsplanverfahren „Ostkreuz / An der Mole“ ist ein anschauliches Beispiel dafür,  
2 dass Planungsziele, die Jahre und Jahrzehnte – hier 30 Jahre – bestehen und nicht auf ihre  
3 Aktualität überprüft wurden, mit großer Wahrscheinlichkeit nicht mehr den heutigen  
4 Bedürfnissen der Berliner\*innen entsprechen.
- 5 Trotz massiver Proteste der Anwohner\*innen und der Bezirksverordneten von Bündnis 90/Die  
6 Grünen Lichtenberg ist am 29.04.2019 der Bebauungsplan XVII-4 beschlossen worden. Auch wenn  
7 es eine Grünanlage und einen Uferrandweg geben wird und ein Grundstück von einer städtischen  
8 Wohnungsbaugesellschaft bebaut werden wird, bedeutet dieser Bebauungsplan die Verdrängung  
9 von Kultureinrichtungen, Obdachlosen und Wagenplätzen. Bestehende Wohngebäude werden  
10 abgerissen anstatt sie zu sanieren. Ökologisch sind Abriss und anschließender Neubau  
11 katastrophal. Viele Bewohner\*innen dieser Häuser werden sich die Mieten in der Rummelsburger  
12 Bucht danach zudem nicht mehr leisten können und somit verdrängt.
- 13 Auch wenn Raum für Gewerbe geschaffen werden soll, ist zur Zeit noch völlig unklar, ob die  
14 dringend benötigte wohnortnahe Versorgung, Kleingewerbe und soziale Einrichtungen entstehen  
15 werden. Stattdessen wird mit der Coral World Lebensraum zur touristischen Attraktion  
16 umgewandelt, die täglich 1000-1500 Besucher\*innen haben soll und für die es kein  
17 Verkehrskonzept gibt und damit zur Belastung für Anwohnende werden wird. Coral World steht  
18 im deutlichen Widerspruch zum Tourismuskonzept 2018+, dass eine nachhaltige und  
19 stadtverträgliche Entwicklung des Tourismus ermöglichen soll.
- 20 Deshalb:
- 21 1. Wir erkennen an, dass, die vor Jahrzehnten formulierten Planungsziele den heutigen  
22 Interessen der Berliner\*innen zum Teil widersprechen. Die zivilgesellschaftlichen  
23 Alternativplanungen zur Entwicklung der Rummelsburger Bucht versuchen dagegen einen  
24 Interessenausgleich auf Basis des Allgemeinwohls zu erreichen und das  
25 Abgeordnetenhaus  
26 dankt den Bürgerinnen und Bürgern für die eingebrachten Vorschläge. Sie müssen Basis  
27 für mögliche Veränderungen der Planungen sein, da sie die aktuellen Bedürfnisse vieler  
28 Menschen widerspiegeln. Die erfolgten Grundstücksverkäufe und die Planungsziele des  
29 Bebauungsplans sind aus heutiger Sicht falsch. Der Beschluss der BVV-Lichtenberg zum  
30 Bebauungsplan XVII-4 setzt jedoch nun den rechtlichen Rahmen, der nicht negiert  
31 werden  
32 kann, ohne signifikante Planungsschäden zum Nachteil des Landes Berlin zu erzeugen.
  - 33 2. Im Umgang mit diesen Widersprüchen ist es unabdingbar, die derzeitige Planungspraxis  
34 zu überprüfen und deutlich zu verbessern. Eine Fristsetzung für Bebauungsplanverfahren  
und Entwicklungsziele wäre eine Möglichkeit. Im Fall des B-Plans XVII-4 wurde dieser  
Widerspruch nicht aufgelöst. Die bestehenden Zielkonflikte zwischen Wohnungs- und

- 35 Schulbau, Grünflächenerhalt oder kultureller Nutzung wurden mit dem Bebauungsplan  
36 nicht zufriedenstellend gelöst.
- 37 3. Vor dem Hintergrund der sehr langen Zeitabläufe und nicht mehr aktuellen Planungsziele  
38 ist es sinnvoll, die rechtlichen Möglichkeiten zur Übernahme der Flächen in  
39 Landeseigentum zu überprüfen und wenn möglich umzusetzen. Sobald die Investor\*innen  
40 vertragliche Pflichten nicht einhalten oder ihre Planungsabsicht ändern, soll das Land  
41 Berlin alle Möglichkeiten zum Rückkauf - wenn wirtschaftlich vertretbar - wahrnehmen.  
42 Beim Verkauf von Grundstücken soll das Land Berlin die Möglichkeiten zum Vorkaufsrecht  
43 wahrnehmen.
- 44 4. Der im Zusammenhang mit der Entwicklung des Wasserparkes „Coral World“ stehende  
45 Nutzungsvertrag mit der CWB Coral World Berlin GmbH über die diesbezügliche  
46 Grünfläche  
47 muss nachverhandelt und mindestens die Verlängerungsoption gestrichen werden. Die  
48 Grünflächen müssen ohne Einschränkung jederzeit allen Menschen zur Verfügung stehen.  
49 Eine Privatisierung von öffentlichen Grünanlagen lehnen wir ab.
- 49 5. Die Leitlinien zur Bürger\*innenbeteiligung sind ein erster Schritt zur stärkeren  
50 Einbeziehung der Bürger\*innen in Projekte und Prozesse der räumlichen  
51 Stadtentwicklung. Die Einrichtung einer "Schiedsstelle für akute Problemfälle in  
52 Stadtentwicklungsprozessen" und einer „Task Force für bedrohte Räume“ sollte das Land  
53 Berlin zeitnah überprüfen und umsetzen.
- 54 6. Der Senat ist aufgerufen, in Abstimmung mit dem Bezirk Lichtenberg für die  
55 Kulturstätte Rummelsbucht und den Wagenplatz Ersatzflächen zu finden.